

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen

www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

15.07.2016

Pressemitteilung Nr. 17/837

Tonne: Kostenexplosion beim Parlamentarischem Untersuchungsausschuss hätte vermieden werden können

Aus der schriftlichen Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 17/5923) von mehreren Abgeordneten der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag geht hervor, dass bis zum 10. Juni dieses Jahres bereits Kosten in Höhe von mehr als 1,1 Millionen Euro für die Bearbeitung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Tätigkeit der Sicherheitsbehörden gegen die islamistische Bedrohung in Niedersachsen“ entstanden sind. Ferner zeigt die Antwort der Landesregierung, dass bis zum genannten Datum insgesamt 666 Mitarbeiter der Landesverwaltung in die Bearbeitung des Ausschusses eingebunden waren, wobei etwa 20.300 Arbeitsstunden angefallen seien.

Grant Hendrik Tonne, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, sieht die Befürchtungen der SPD-Fraktion durch diese Zahlen bestätigt: „Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen,

dass ein Untersuchungsausschuss nicht das geeignete Instrument ist, um dem Wunsch nach Parlamentarischer Kontrolle gerecht zu werden. Auch die Beweisanträge der Opposition sind derart allgemein und oberflächlich, dass zig Behörden - mittlerweile bundesweit - mit Aktenrecherche unnötigerweise belastet werden.“

Tonne fordert deshalb: „Wir müssen nun schleunigst zu einer Vereinfachung des Verfahrens kommen, damit die Sicherheitsbehörden und die Landesverwaltung endlich wieder ihrer eigentlichen Beschäftigung nachgehen können. Die aufgelaufenen 20.300 Arbeitsstunden hätten ohne diesen gewaltigen Aufwand für die Zuarbeit zum Untersuchungsausschuss mit derartig allgemeinen und weitreichenden Formulierungen bereits wesentlich sinnvoller genutzt werden können.“

Tonne appelliert deshalb erneut an die Opposition, sich einer Verfahrensvereinfachung nicht länger zu verweigern: „Unser Vorschlag für die Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten ist nach wie vor auf dem Tisch. Es wird Zeit, dass die Opposition sich hier bewegt.“